

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Federführender Fachbereich Jugend- und Soziales	Drucksachen-Nr. 559/2008
☒ Öffentlich ☐ Nichtöffentlich	
Mitteilungsvorlage	
für die Sitzung des ▼	Sitzungsdatum
Hauptausschusses	16.09.2008

Tagesordnungspunkt

Bericht aus der Sitzung des Integrationsbeirates

Inhalt der Mitteilung:

@->

Die Sitzung des Integrationsbeirates fand am 3.9.08 in der Städt. Galerie Villa Zanders statt.

Standpunkt zur Islamischen Gemeinde

Die Sitzung sollte u.a. dazu dienen, den Standpunkt des Integrationsbeirates zu der Islamischen Gemeinde in Bergisch Gladbach zu benennen und nach Möglichkeiten zu suchen, Kontakte mit der Gemeinde, die offenbar die Religionsgemeinschaft für eine große Zahl der in unserer Stadt lebenden Bürgerinnen und Bürger mit türkischem Migrationshintergrund ist, herbeizuführen.

Alle örtlichen Migrantenvereine wurden vom Integrationsbeirat mit dem Ziel angeschrieben, die bereits seit langem bestehenden Kontakte zu vertiefen bzw. die gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen weiter auszubauen. Der Vorstand des Beirates hat mit fast allen Vereinen Gespräche geführt, woraus sich eine Mitarbeit am Integrationskonzept der Stadt, Interesse an einer Kandidatur für die Neuwahl 2009 oder die Beteiligung an Veranstaltungen ergeben hat.

Mit der Islamischen Gemeinde ist dies bisher nicht gelungen. Auf entsprechende Schreiben, die auch an den Verband der Islamischen Kulturzentren in Köln gerichtet waren, gab es keine Reaktion. Einladungen für eine Sitzung des Integrationsbeirates in den Räumlichkeiten bei der Moschee wurden nicht ausgesprochen.

An der Diskussion zu dieser Problematik beteiligten sich die Mitglieder des Integrationsbeirates, die Vertreter der Islamischen Gemeinde sind, nicht, da sie seit vielen Monaten an den Sitzungen ohne Begründung nicht mehr teilnehmen und auch die gewählten Stellvertreter nicht entsenden.

Die Anwesenden waren einhellig der Auffassung, trotz der ablehnenden Haltung der Vertreter der Islamischen Gemeinde und ihres offensichtlichen Desinteresses an der Mitarbeit im Integrationsbeirat und an der Entwicklung des Integrationskonzeptes der Stadt, auch weiterhin zu versuchen, in Kontakt zu treten. Dies sollte z.B. über persönliche Gespräche oder über die Schulen versucht werden.

Konkreter Anlass zu einem weiteren Versuch der offiziellen Kontaktaufnahme könnte die Kandidatenaufstellung für die Neuwahl des Integrationsbeirates 2009 sein.

Mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den Stadtrat

Der Integrationsbeirat fasste folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Integrationsbeirat appelliert an die im Rat der Stadt vertretenen Parteien, bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Rat verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund, die das Vertrauen der Migrantinnen und Migranten genießen, zu berücksichtigen.

Gleichzeitig fordert der Integrationsbeirat die Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits über das kommunale Wahlrecht verfügen, auf, sich an den Kommunalwahlen 2009 zu beteiligen.

Begründung:

Nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes machen in Nordrhein-Westfalen Menschen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt einen Anteil von über 20% aus. Stadtteile mit einem noch höheren Migrantenanteil stellen heute keine Seltenheit mehr dar. Dieser Anteil wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter steigen.

Viele dieser Menschen sind so genannte „EU-Ausländer“ oder als Deutsche mit Migrationshintergrund bei den Kommunalwahlen wahlberechtigt.

Doch in den Stadträten und Kreistagen macht sich dies bis heute kaum bemerkbar. So gibt es in ganz Nordrhein-Westfalen derzeit nur 70 Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund.

Migrantinnen und Migranten sind im gleichen Maße politisch interessiert wie die Mehrheitsbevölkerung, doch sie machen in großem Umfang ihre Entscheidung, ob sie sich an den Wahlen beteiligen, davon abhängig, dass eine aktive Integrationspolitik betrieben wird und Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt werden, die selbst über einen Migrationshintergrund verfügen und ihr Vertrauen genießen. Dies ist für viele ausschlaggebend für eine Beteiligung an den Wahlen.

Im Sinne einer Kommunalpolitik, die die Interessen aller Einwohnerinnen und Einwohner vertritt, sind die Parteien deshalb aufgefordert, dies zu berücksichtigen.

Der Integrationsbeirat seinerseits wird darüber hinaus sein Möglichstes tun, um die Migrantinnen und Migranten zu einer Beteiligung an der Wahl zu motivieren.

Sonstiges

Eine Diskussion zur Neuwahl des Integrationsbeirates 2009 wurde auf die Sitzung im November vertagt, weil die genauen Wahlmodalitäten, z.B. Wahltermin und zukünftige Zusammensetzung des Gremiums noch nicht festgelegt wurden. Außerdem wurde der bis Frühjahr 2009 laufende Veranstaltungsplan aktualisiert. <-@

